

Pressemitteilung 11/2024

Halle (Saale), den 27. März 2024

Vorsprung des Wachstumstempos in Ostdeutschland gegenüber dem im Westen geht zurück

Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2024 für die ostdeutsche Wirtschaft

Im Jahr 2023 dürfte die Wirtschaft in Ostdeutschland mit 0,5% expandiert haben, während sie in Deutschland insgesamt um 0,3% geschrumpft ist. Für das Jahr 2024 rechnet das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) für Ostdeutschland mit einem Zuwachs von wiederum 0,5%, für 2025 mit 1,5%. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahr 2024 laut IWH-Prognose 7,3% und im Jahr darauf 7,1% betragen.

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose konstatiert in ihrem [Frühjahrgutachten](#), dass die deutsche Wirtschaft in einer zähen Schwächephase steckt. Zwar dürfte ab dem Frühjahr eine Erholung einsetzen, die Dynamik wird aber insgesamt nicht allzu groß ausfallen. In Ostdeutschland war die Produktion im vergangenen Jahr wohl etwas robuster als im Westen.¹ Denn hier haben die öffentlichen und sonstigen Dienstleister mit knapp 30% ein erheblich größeres Gewicht als in Westdeutschland (knapp 20%), und diese Wirtschaftszweige haben auch im Jahr 2023 expandiert. Zudem dürfte der private Konsum im Osten von der Erhöhung des dort besonders häufig gezahlten Mindestlohns (auf 12 Euro je Stunde ab Oktober 2022) gestützt worden sein. Auch wurde die gesetzliche Rente um 5,9% und damit um 1,5 Prozentpunkte stärker erhöht als im Westen. Alles in allem wird die ostdeutsche Produktion im Jahr 2023 wohl um 0,5% zugelegt haben (vgl. Abbildung). „Damit wächst die ostdeutsche Wirtschaft im Trend seit zehn Jahren etwas schneller als die Wirtschaft in Deutschland insgesamt, vor allem wegen einer höheren Dynamik in den konsumnahen Wirtschaftszweigen Handel, Verkehr und Gastgewerbe, aber auch im Verarbeitenden Gewerbe“, sagt Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident am IWH.

Für das Jahr 2024 ist für Ostdeutschland mit einem Zuwachs von wiederum 0,5% zu rechnen, für Deutschland insgesamt mit 0,1%. „Damit verringert sich der Abstand in der Produktionsdynamik, denn die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung legt in Ostdeutschland wegen der alternden Bevölkerung anders als im Westen derzeit kaum noch zu“, sagt IWH-Konjunkturchef Holtemöller. Auch gibt es ab dem Jahr 2024 keine höheren Rentensteigerungen, weil die Angleichung des Rentenwerts

¹ Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ hat die Veröffentlichung amtlicher Zahlen für das Bruttoinlandsprodukt der Länder im Jahr 2023 für den 28.03.2024 angekündigt.

Sperrfrist:
27. März 2024, 11:00 Uhr

Pressekontakt
Stefanie Müller-Dreißigacker
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innern (BMI), Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerien der Neuen Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter
Arbeitsmarkt, Demographie, Dienstleistungssektor, Konjunktur, Konvergenz, Löhne, Ostdeutschland, Ost-West-Vergleich, Prognose, Rente, Verarbeitendes Gewerbe

Aktueller Bezug
halbjährliches Gutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose im Auftrag der Bundesregierung

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)

Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

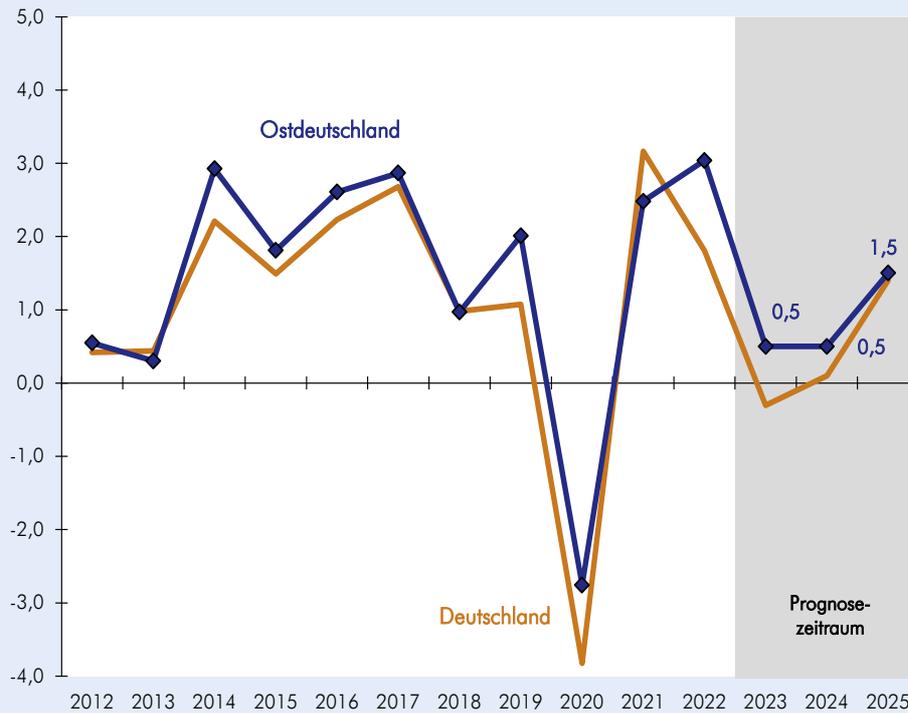
www.iwh-halle.de

zwischen Ost und West im Jahr 2023 erreicht wurde. Allerdings dürfte das Verarbeitende Gewerbe anders als im Westen weiter expandieren, nicht zuletzt angetrieben von den hohen Subventionen für die Halbleiterbranche in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Deshalb ist auch für das Jahr 2025 damit zu rechnen, dass die ostdeutsche Expansionsrate trotz der ungünstigeren demographischen Entwicklung mit 1,5% etwas höher bleibt als in Deutschland insgesamt (1,4%).

Abbildung

Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und ab 2023/2024 Prognose der Institute.

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2024:

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: [Deutsche Wirtschaft kränkelt – Reform der Schuldenbremse kein Allheilmittel](#). Kiel, März 2024.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller
 Tel +49 345 7753 800
 Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller-Dreißigacker
 Tel +49 345 7753 720
 presse@iwh-halle.de

-  Das IWH auf [X \(Twitter\)](#)
-  Das IWH auf [LinkedIn](#)
-  Das IWH auf [Facebook](#)

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 97 eigenständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.